

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Cornelia Daurer

Andreas Plenk

Chirurg, 30.8.1892–2.10.1959

Andreas-Plenk-Straße, benannt 1961

Kurzbiographie

Andreas Plenk wurde am 30. August 1892 in Ödenburg (Ungarn) geboren.¹ Nach dem Besuch des Staatsgymnasiums im 12. Wiener Bezirk nahm er das Medizinstudium an der Universität Wien auf, welches er 1916 mit der Promotion abschloss. Während des Ersten Weltkriegs diente Plenk im Sanitätsdienst und als Chirurg in einem Feldspital. Nach einer Dienstzeit an einer Privatklinik wurde er Assistent an der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz. Im Frühsommer 1928 bewarb sich Plenk auf die durch die Pensionierung Dr. Alexander Brenners freiwerdende Primararztstelle am Linzer Allgemeinen Krankenhaus. Er trat seinen Dienst am 1. Oktober 1928 an, die Definitivstellung erfolgte zwei Jahre später. Plenk ehelichte am 30. September 1934 in Salzburg die ebenfalls am Linzer AKh tätige Ärztin Dr. Franziska Hagens; das Ehepaar wohnte an der Adresse Starhembergstraße 35 und blieb kinderlos.²

Plenk wurde bereits kurze Zeit nach seiner Anstellung am AKh Mitglied des Sanitätsrates des Landes Oberösterreich und hatte diese Funktion bis 1938 inne. Im April 1938 wurden fast alle Mitglieder des Landessanitätsrates als „im Hinblick auf die grundlegend veränderten Verhältnisse untragbar“ durch Gauleiter Eigruber ausgetauscht, so auch Plenk.³

Dr. Andreas Plenk stand im Ruf, für seinen Beruf zu leben und von sich selbst wie auch von anderen stets das Äußerste abzuverlangen. Neben seiner Arbeit am AKh pflegte er auch die wissenschaftliche Tätigkeit, er konnte sich 1940/1941 habilitieren und war fortan als Privatdozent an der Universität Wien tätig.⁴ Nach dem Krieg (1947) bemühte sich Plenk um eine

¹ Vgl. für das Folgende: AStL, Personalakten, Personalakt Plenk Andreas; sowie AStL, Personenkatalog, Plenk Andreas.

² Seine Frau Franziska, Jahrgang 1898 und aus der Steiermark gebürtig, war ab 1928 zunächst als Volontärin, dann als Sekundärärztin im AKh tätig gewesen und trat 1948 aus dem städtischen Dienst aus. Gemeinsam mit ihrem Ehemann betrieb sie eine Privatordination. Franziska Plenk starb im Jahr 1970. Vgl. AStL, Personalakten, Personalakt Plenk Franziska.

³ Vgl. Goldberger, NS-Gesundheitspolitik, 811. Der Landessanitätsrat wurde kurz danach ganz aufgelöst.

⁴ Die Ernennung zum Privatdozenten erfolgte am 16.8.1941. Vgl. ÖStA, AdR, UWFuK BMU, PA Sign 10 Plenk Andreas.

Bestätigung der Dozentur, welche ihm 1948 durch das Bundesministerium für Unterricht erteilt wurde.⁵ Er konnte daraufhin seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Am 18. November 1950 wurde ihm von Bundespräsident Karl Renner der Titel eines außerordentlichen Universitätsprofessors verliehen.⁶

Plenk intensivierte in der Nachkriegszeit seine berufliche Vortrags- und Reisetätigkeit, die ihn in viele Länder rund um den Erdball führte, besonders häufig aber in die Vereinigten Staaten.⁷ Andreas Plenk starb nach längerer Krankheit am 2. Oktober 1959 im Aktivstand.

Leistungen

Der Überlieferung nach soll die scheidende Chirurgenlegende des AKh, Dr. Alexander Brenner, 1928 über seinen Nachfolger Plenk gesagt haben, dass selbst er noch viel von diesem lernen könne.⁸ Dr. Andreas Plenk blieb von seinem Eintritt in den Dienst der Stadt Linz bis zu seinem Tod Primararzt der allgemeinchirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. In dieser Funktion war es ihm angelegen, die Abteilung sowohl technisch als auch organisatorisch bestens auszurüsten. Bereits nach kurzer Zeit war es ihm gelungen, in der Nachfolge Brenners die Abteilung für Chirurgie am AKh zu einer der österreichweit führenden Stationen zu machen. Für Plenk spricht fachlich auch, dass er weitsichtig erkannte, wenn die Grenzen seiner Abteilung erreicht waren: Bereits 1940 wurde eine eigene Abteilung für Unfallchirurgie abgetrennt, 1949 – eine Pioniertat in Österreich – die Anästhesie eingerichtet.⁹

Plenk verfasste zahlreiche Aufsätze, wobei der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Tätigkeit vor 1938 und dann wieder ab 1949 liegt: Von insgesamt 53 Aufsätzen, die im Biographischen Lexikon für Österreich aufgelistet werden,¹⁰ wurden sechs Artikel vor seiner Anstellung am AKh verfasst, weitere 16 bis zum Jahr 1936, zwei während der NS-Zeit (1939 bzw. 1940) und die restlichen von 1949–1957.¹¹ Im Personalakt Plenks des Bundesministeriums für Unterricht, welcher sich im Wesentlichen um die Bestätigung der Privatdozentur 1947/48 sowie um die Verleihung des Titels eines a.o. Universitätsprofessors 1950 dreht, wird einige

⁵ ÖStA, AdR, UWFuK BMU, PA Sign 10 Plenk Andreas.

⁶ Ebenda, Schreiben der Präsidentschaftskanzlei an das Unterrichtsministerium vom 18.11.1950.

⁷ Vgl. Biographisches Lexikon OÖ, Art. Plenk; vgl. auch AStL, Personenkataster, Plenk Andreas.

⁸ Vgl. AStL, Personenkataster, Plenk Andreas, 1980 II, Art. „Aus dem Durchschnitt hoch herausgehoben“; vgl. auch Hahn-Oberthaler/Obermüller, 150 Jahre, 89.

⁹ Vgl. Hahn-Oberthaler/Obermüller, 150 Jahre, 134–136.

¹⁰ Guggenberger spricht ohne Nachweis von über 100; vgl. Guggenberger, Ärztechronik, 289.

¹¹ Der Artikel zu Plenk im Biographischen Lexikon für Oberösterreich ist knapp vor seinem Tod erschienen, dürfte also eine vollständige Aufzählung seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen enthalten. Vgl. Biographisches Lexikon OÖ, Art. Plenk.

Male die Frage aufgeworfen, ob Plenk NS-Belastungen im Sinne des Verbotsgesetzes 1947 aufzuweisen hat. Da er kein Parteimitglied gewesen war,¹² hatte er diesbezüglich keine Schwierigkeiten zu gewärtigen – zumal sich auch der Linzer Bürgermeister Dr. Ernst Koref für ihn verwendete.¹³

Von seinem hohen Ansehen zeugen die Geburtstagsfeiern, die ihm zum 60. und zum 65. Geburtstag durch die Stadt Linz ausgerichtet wurden, und deren Wiederhall in der lokalen Presse.¹⁴

Problematische Aspekte

Andreas Plenk, der zu keinem Zeitpunkt Mitglied der NSDAP war,¹⁵ war ungeachtet dessen ein willfähiges Rad im Getriebe der menschenverachtenden NS-Gesundheitspolitik. Im Zuge der Umsetzung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, welches für die „Ostmark“ mit 1.1.1940 in Kraft getreten war, wurden Zwangssterilisationen als durch die neu eingeführte Erbgesundheitsgerichtsbarkeit angeordnete eugenische Maßnahme legitimiert. Zur Durchführung dieser Zwangssterilisationen wurden an den Krankenanstalten einzelne Fachärzte „ermächtigt“. Bereits in einer ersten Liste aus dem Jahr 1938 ist Dr. Andreas Plenk als zur Sterilisierung durch chirurgischen Eingriff ermächtigt enthalten.¹⁶ In zwei weiteren Listen vom Jahresbeginn 1940 scheint Plenk neben dem Gynäkologen Primar Dr. Halter abermals als am Allgemeinen Krankenhaus Linz „für die Unfruchtbarmachung bestimmt“ auf.¹⁷ Mit Ende September 1940 wurden für das Allgemeine Krankenhaus Dr. Andreas Plenk, Dr. Gustav Halter und Dr. Axel Brenner offiziell durch den Gauhauptmann als Ärzte, denen „die

¹² Zu den Mitgliedschaften Plenks bei NS-Organisationen vgl. FN 15.

¹³ Vgl. ÖStA, AdR, UWFuK BMU, PA Sign 10 Plenk Andreas, 8902/III-8, 48. Beinahe wäre ihm sein Linzer Wohnsitz zum Verhängnis geworden, doch 1948 war es (wieder) denkbar, die wöchentliche Anreise von Linz zur Universität Wien per Zug bewältigen zu können.

¹⁴ Vgl. AStL, Personenkataster, Plenk Andreas. Die Sammlung enthält bemerkenswerterweise auch kurze Notizen aus Linzer Tageszeitungen, dass Dr. Plenk nach verschiedenen längeren Abwesenheiten wieder im Dienst sei.

¹⁵ Andreas Plenk war gemäß seinen eigenen Angaben im Fragebogen der Personalstelle des Magistrats Linz (datiert mit 9.1.1946) „unterstützendes Mitglied“ des NSKK und des NSFK nach dem 13.3.1938 gewesen sowie Mitglied beim NSV, Beamtenbund und DRK; vgl. AStL, Personalakten, Personalakt Plenk. Der Personalakt enthält auch die Niederschrift einer Zeugenaussage von Juli 1946, die bekräftigt, dass Plenk lediglich „um den Anfeindungen seiner Berufskollegen auszuweichen“ NSKK-Mitglied gewesen und „niemals als Nationalsozialist hervorgetreten“ sei. Von Andreas Plenk existiert kein Registrierungsakt nach dem Verbotsgesetz von 1945, nach jenem von 1947 war er nicht registrierungspflichtig. Möglicherweise erklärt dies, warum Plenk sich erst 1947 wieder um die Erlangung seiner Dozentur bemühte.

¹⁶ OÖLA, LReg. 1926 ff., Sch. 286, Sammelakt IIIa/M-1261 aus 1944; zit. n.: Goldberger, NS-Gesundheitspolitik, 853.

¹⁷ Vgl. OÖLA, LReg. 1926 ff., Sch. 286, Sammelakt IIIa/M-1084 aus 1944.

Ausführung der Unfruchtbarmachung überlassen werden darf“, bestimmt. Diesem Schreiben gemäß ist die „Übertragung der Operation auf einen Oberarzt oder Assistenzarzt nicht gestattet, da der Eingriff auf dem persönlichen Vertrauensverhältnis des Staates zu dem Operateur beruht.“¹⁸ Von keinem der zu Zwangssterilisationen „ermächtigten“ Ärzte, auch nicht von den genannten Ärzten des Allgemeinen Krankenhauses, ist ein Widerstand gegen diese Anordnung aktenkundig.¹⁹

Im Zeitraum von 1940 bis 1945 wurden nach einer Auswertung der so genannten Grundbücher des Allgemeinen Krankenhauses insgesamt 132 Zwangssterilisationen durchgeführt, davon 56 an Frauen und 76 an Männern. Die Opfer stammten aus dem ganzen damaligen Gau Oberdonau.²⁰

Mangels Quellen – die Grundbücher (Krankenakten sind nicht erhalten) nennen zwar die Abteilung, der die Patienten zugewiesen wurden, sowie den Grund des Aufenthalts, nicht aber den behandelnden Arzt – kann Dr. Andreas Plenk keine Durchführung einer Zwangssterilisation unmittelbar nachgewiesen werden. Es kann lediglich aufgrund der Ermächtigung und der Klausel, dass die Unfruchtbarmachungen nicht delegiert werden dürfen, darauf geschlossen werden.

Zwangsabtreibungen bei schwangeren „Ostarbeiterinnen“ dagegen – welche am Allgemeinen Krankenhaus in den Jahren 1943 und 1944 ebenfalls, wenn auch in geringerem Ausmaß als an der Gau-Frauenklinik, durchgeführt wurden – waren an der gynäkologischen Abteilung verortet, eine Beteiligung Plenks kann hier nach Maßgabe der vorhandenen Quellen ausgeschlossen werden.²¹

Die nationalsozialistische „Rassenhygiene“ ist im Rahmen der im 19. Jahrhundert beginnenden Eugenik-Debatte zu sehen, eugenisches Gedankengut war an sich nicht genuin nationalsozialistisch. Durch ein gesetzlich verankertes und nach bestimmten formalen Grundsätzen ablaufendes behördliches Verfahren samt Instanzenzug wurde es den Akteuren – Gesundheitsbehörden, Amtsärzte, Erbgesundheitskommissionen und -gerichte, ausführende Ärzte – darüber hinaus erschwert, in der verordneten Unfruchtbarmachung Unrecht zu erkennen. Nach 1945 wurden lange Zeit weder die Opfer von Zwangssterilisation noch die an der Verordnung dieser Zwangsmaßnahme beteiligten bzw. diese durchführenden Ärzte thematisiert.

¹⁸ Vgl. OÖLA, LReg. 1926 ff., Sch. 286, Sammelakt IIIa/M-1084 aus 1944.

¹⁹ Vgl. Goldberger, NS-Gesundheitspolitik, 854.

²⁰ Vgl. Kepplinger, Kommunale Sozialpolitik, 784 f. Für Frauen war in erster Linie die Gau-Frauenklinik zuständig, daher der geringere Frauenanteil.

²¹ Vgl. dazu Hauch, Ostarbeiterinnen, 1285 f.

Während die solcherart stigmatisierten Opfer lange kein Gehör fanden, blieben die beteiligten Ärzte unbehelligt.²²

Nach heutigen Begriffen sind Zwangssterilisationen – wie der Name schon verdeutlicht – als unter Druck auf die Betroffenen ausgeführte Maßnahme der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik im Zeichen der „Rassenhygiene“ als Unrecht und NS-Verbrechen zu werten. Der Weg zur Anerkennung des Opferstatus zwangssterilisierter Menschen war allerdings lang: Erst durch das Nationalfondsgesetz 1995 wurde auch jenen, die wegen einer körperlichen oder geistigen Behinderung bzw. als angebliche „Asoziale“ unter NS-Repressalien zu leiden hatten, dieser Status zuerkannt.²³

Für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende 1945 ist dokumentiert, dass an der chirurgischen Abteilung des AKh Operationen durchgeführt wurden, bei denen SS-Angehörigen die sie als solche ausweisenden Blutgruppentätowierungen am Oberarm entfernt wurden. Jedenfalls berichtet die frisch bestellte neue AKh-Direktorin Dr. Paula Scherleitner in einem Schreiben an Bürgermeister Koref davon.²⁴ Mutmaßlich wurden diese Operationen im kriegsbedingten Ausweichquartier in Bad Hall durchgeführt.²⁵

Parallelen zum Fall Burghard Breitner

Ein ähnlich gelagerter Fall eines verdienstvollen Chirurgen, dem ebenfalls eine Beteiligung an NS-Zwangssterilisationen nachgewiesen wurde, betrifft Dr. Burghard Breitner (1884–1956). Breitner war von 1932 bis 1955 Vorstand der Chirurgischen Universitätsklinik in Innsbruck. 1939 wurde er NSDAP-Mitglied.²⁶ Mit der Umsetzung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde er „ermächtigt“, Unfruchtbarmachungen an Männern durchzuführen.²⁷ Ihm persönlich konnte die Vornahme einer solchen Operation allerdings nicht nachgewiesen werden.²⁸ Breitner wurde 1952 schließlich Rektor der Universität Innsbruck. Zehn Jahre nach Breitners Tod wurde in Innsbruck eine Straße nach ihm benannt, 1992 wurde seine

²² Vgl. Hahn-Oberthaler/Obermüller, 150 Jahre, 126; sowie Goldberger, NS-Gesundheitspolitik, 857–860.

²³ Vgl. § 2 Abs. 1 Z. 1 des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (BGBl Nr. 432/1995).

²⁴ Vgl. Schuster, Entnazifizierung, 121, FN 202.

²⁵ Vgl. Hahn-Oberthaler/Obermüller, 150 Jahre, 126.

²⁶ Eine Rekonstruktion des nicht ganz rund abgelaufenen Parteibeitritts in: Breitner, 3 f. Burghard Breitner hatte zeitlebens ein Naheverhältnis zu deutschnationalem Gedankengut, 1951 kandidierte er als offiziell Parteilosser für den VdU bei den Bundespräsidentenwahlen. Vgl. Breitner, 9.

²⁷ Vgl. Breitner, 4.

²⁸ Vgl. ebenda, 5.

Grabstätte zu einem Ehrengrab der Stadt Innsbruck umgewidmet.²⁹ Im Zuge eines von 2017 bis 2020 laufenden Forschungsprojekts am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, das die NS-Zwangssterilisationen im Gau Tirol-Vorarlberg untersuchte³⁰, wurden die Ehrungen für Burghard Breitner hinterfragt. Ein Vorstoß der Alternativen Liste für Innsbruck (ALI) im Innsbrucker Gemeinderat, die Burghard-Breitner-Straße umzubenennen, wurde im Juli 2020 abgelehnt, mit Verweis darauf, dass eine Zusatztafel zur Erklärung kommen solle, und auf die Kosten für eine Straßenumbenennung.³¹ Stattdessen wurde eine Zusatztafel an den Straßenschildern montiert, die folgenden Text trägt:

„Burghard-Breitner-Straße
Burghard Breitner (1884–1956), Chirurg, Univ.-Prof. und Vorstand
der Chirurgischen Universitätsklinik, Rektor der Universität, für das
Unrecht der NS-Gesundheitspolitik in Innsbruck mitverantwortlich.

Neuere Forschungen zeigen, dass Breitner als Leiter der
Innsbrucker Chirurgie für die Durchführung von Zwangssterili-
sationen im Sinne der menschenverachtenden Gesundheits-
politik des NS-Regimes verantwortlich war.“³²

Im Herbst 2020 wurde die Ehrengrabwidmung seitens des Innsbrucker Stadtsenats zurückgenommen,³³ eine Bushaltestelle sowie ein städtischer Kindergarten – beide an der Burghard-Breitner-Straße – wurden umbenannt.³⁴ Was mit der Büste Breitners, die seit 1966 im Eingangsbereich der Universitätsklinik für Chirurgie steht, geschieht, sollte im Zuge einer Umgestaltung des Raumes entschieden werden.³⁵ In Lienz in Osttirol wurde im Herbst 2021 nach einigen Diskussionen die Burghard-Breitner-Straße in Maria Ducia-Straße umbenannt.³⁶

²⁹ Vgl. Breitner, 9 f.

³⁰ Details zum Projekt sowie Projektdokumentation zum Download unter: <https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/unfruchtbarmachung-und-freiwillige-entmannung/> (28.4.2021).

³¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Innsbrucker Gemeinderats vom 16. Juli 2020, 551–554. URL: <https://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=buergerinnen--politik/gemeinderat/gemeinderatssitzungen&genericpageid=36797>, zuletzt abgerufen am 30.4.2021).

³² Vgl. ebenda, 553.

³³ Eine Abbildung der Straßentafeln sowie der Bericht über die Aberkennung des Ehrengrabs in: Tiroler Tageszeitung vom 22. Oktober 2020, <https://www.tt.com/artikel/17462414/ehrengrab-fuer-burghard-breitner-in-innsbruck>, zuletzt abgerufen am 28.4.2021).

³⁴ Vgl. Innsbruck informiert vom 11. November 2020, URL: <https://www.ibkinfo.at/umbenennung-kg-reichenau> (28.4.2021).

³⁵ Vgl. <https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/hidden-histories/ns-gesundheitspolitik.html> (30.4.2021).

³⁶ Vgl. <https://www.dolomitenstadt.at/2021/09/30/burghard-breitner-strasse-in-lienz-wird-umgetauft/> (zuletzt abgerufen am 4.7.2022).

Rezeption und Nachleben

Ehrungen

1958 wurde Primarius Dr. Andreas Plenk der Große Ehrenring der Stadt Linz verliehen.³⁷ Noch am Tag von Plenks Ableben im Jahr 1959 wurde bereits in einer Besprechung mit Bürgermeister Koref, Stadtrat Markl, dem Magistratsdirektor, dem Präsidialdirektor, dem neuen AKh-Direktor Monauni und weiteren Personen beraten, welche Ehrungen man dem gerade Verstorbenen zuteilwerden lassen wollte, dass er zwar kein Ehrengrab bekommen sollte, aber später im AKh eine Statue und „allenfalls“ eine Straße.³⁸ Auf Beschluss des Magistratspräsidiums hin wurde schließlich Prof. Walter Ritter im Jahr 1960 damit beauftragt, eine Büste Plenks „in Reliefform“ zu schaffen.³⁹ Diese wurde am 19. Oktober 1961 im Vestibül des Allgemeinen Krankenhauses durch Bürgermeister Ernst Koref enthüllt.⁴⁰ Heute befindet sie sich im Foyer von Bau C/D des Med Campus III.

Straßenbenennung

Im Frühjahr 1961 schlug das Stadtarchiv als Abteilung des Kulturamts vor, eine neue, parallel zur Reuchlinstraße verlaufende Sackgasse als Andreas-Plenk-Straße zu benennen, was als besonders passend empfunden wurde, da in der näheren Umgebung weitere Benennungen nach Ärzten erfolgt waren. Als Argument wurde weiters angeführt, dass Plenk Träger des Großen Ehrenrings der Stadt Linz war und sich durch seine wissenschaftlichen Arbeiten einen internationalen Ruf erarbeitet hatte. Der entsprechende Antrag wurde in der Stadtsenatssitzung vom 29. Mai 1961 einstimmig beschlossen.⁴¹

Zusammenfassung

Andreas Plenk hat sich zweifelsohne sehr um den guten Ruf der chirurgischen Abteilung des Linzer Allgemeinen Krankenhauses verdient gemacht, welchem das AKh letztlich nicht unwesentlich sein landesweit ausstrahlendes Renommee verdankte. Plenks nahtlos über alle

³⁷ Vgl. Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am 10. Juni 1958, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz Jg. 1958, Nr. 14, 243 f.

³⁸ Vgl. AStL, MD Oberhuber, Sch. 53, fol. 822 f.

³⁹ Vgl. AStL, B-Akten, B Koref, Sch. 255, Sammelmappe Plenk, Schreiben des PrA vom 4. August 1960. Rund um die Büste wurde ein großer Aufwand betrieben: Bürgermeister und Vizebürgermeister besichtigten in Prof. Ritters Atelier den Entwurf in Ton, und der Aufstellungsort wurde an den höchsten Magistratsstellen diskutiert.

⁴⁰ Vgl. Biographisches Lexikon OÖ, Art. Plenk.

⁴¹ Vgl. AStL, Straßenakten, Straßenakt „Andreas-Plenk-Straße“.

politischen Umbrüche hinweg verlaufende Karriere lässt ihn als unpolitischen Menschen erscheinen, der sich offenbar um Fragen der Opportunität einer Parteizugehörigkeit wenig scherte.⁴² Als anerkannte Koryphäe seines Faches blieb ihm trotz dieser politischen Indifferenz seine Stellung als Vorstand der Chirurgie-Abteilung erhalten.

Das strahlende Bild des Chirurgen wird durch seine exponierte Stellung während der NS-Zeit getrübt: Plenk erscheint als willfähiges Rädchen im Getriebe der NS-Rassenhygiene. Wenngleich ihm nicht unmittelbar Zwangssterilisierungen nachgewiesen werden können, so ist durch die bloße „Ermächtigung“ seine Teilhabe daran dokumentiert.

Zu bedenken ist jedoch der Umstand, dass eugenische Maßnahmen wie Zwangssterilisationen erst Jahrzehnte später im Urteil der Nachwelt zu dem gemacht wurden, was in der Bezeichnung „Zwangssterilisation“ bereits mitschwingt: eine unter immensem Druck auf die Betroffenen ausgeführte, ja verbrecherische Maßnahme des NS-Unrechtsstaates.

Literatur

Biographisches Lexikon OÖ, Art. Plenk = Art. Plenk Andreas. In: Martha Khil (Bearb.), Biographisches Lexikon für Oberösterreich. Bd. 6, Lfg. 5. Linz 1959.

Biographisches Lexikon OÖ, Art. Plenk (Nachtrag) = Art. Plenk Andreas (Nachtrag). In: Martha Khil (Bearb.), Biographisches Lexikon für Oberösterreich. Bd. 6, 11.-14. Lieferung. Linz 1968.

Breitner = Burghard Breitner. Aus dem Forschungsprojekt „Unfruchtbarmachung“ und „freiwillige Entmannung“. Die Innsbrucker Universitäts-Kliniken und die Erbgesundheitsgerichte des Reichsgaues Tirol und Vorarlberg. PDF online unter: <https://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/unfruchtbarmachung-und-freiwillige-entmannung/pdf-s/burghard-breitner-ifz02072020-final.pdf> (28.4.2021)

Goldberger, NS-Gesundheitspolitik = Josef Goldberger, NS-Gesundheitspolitik in Linz und Oberdonau 1938–1945. Die Umsetzung der gesundheitspolitischen Forderungen des NS-Staates durch die staatliche Sanitätsverwaltung. In: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Bd. 1. Linz 2002, 799–906.

Guggenberger, Ärztechronik = Edmund Guggenberger, Oberösterreichische Ärztechronik. Bd. 1. Wien 1962.

Hahn-Oberthaler/Obermüller, 150 Jahre = Verena Hahn-Oberthaler und Gerhard Obermüller, 150 Jahre Gesundheit im Zentrum. Vom Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Linz zum Kepler Universitätsklinikum. Linz 2015.

Hauch, Ostarbeiterinnen = Gabriella Hauch, Ostarbeiterinnen. Vergessene Frauen und ihre Kinder. In: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Bd. 2. Linz 2002, 1271–1310.

⁴² Als Beamter im öffentlichen Dienst war er allerdings Mitglied der Vaterländischen Front ab 27.3.1934. Vgl. AStL, Meldekartei.

Kepplinger, Kommunale Sozialpolitik = Brigitte Kepplinger, Kommunale Sozialpolitik in Linz 1938-1945. In: Nationalsozialismus in Linz. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Bd. 1. Linz 2002, 715-797.

Schuster, Entnazifizierung = Walter Schuster, Die Entnazifizierung des Magistrates Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995). Linz 1996; 87-205.

